Wir hören zu, du gestaltest.

Zwischenbericht 1 zum UNOS-Programmprozess Jänner 2024





Inhalte und Ziele dieses Berichts



- Zusammenfassung der bisherigen Diskussionsbeiträge des UNOS-Programmprozesses "Wir hören zu. Du gestaltest" in den Kapiteln:
 - Steuern und Abgaben
 - SVS und soziale Absicherung
 - Gründung, Finanzierung, Förderungen
 - Bürokratie und Recht
 - Wirtschaftskammer
- Die weiteren Kapitel folgen in einem zweiten Bericht in den nächsten Wochen (Arbeit, Infrastruktur/Energie, Digitalisierung, Nachhaltigkeit).
- Die Inhalte dieses Berichts geben Beiträge von Diskussions-Teilnehmer:innen wieder. Sie dienen dem wechselseitigen Austausch und stellen nicht notwendigerweise Positionen oder Forderungen von UNOS – Unternehmerisches Österreich dar.

So geht es weiter



Phase 1:

"UNOS hören zu"

Bis 03/24

Phase 2:

"UNOS strukturieren"

Bis 05/24

Phase 3:

"UNOS konzipieren"

Bis 06/24

UNOS haben zugehört





















... den Unternehmer:innen





















... in ganz Österreich





















1. Steuern, Abgaben Was stört?



- Hohe Abgabenquote insgesamt (AT 2024e: 43,2 %; EU: 40,7 %) und auf <u>Faktor Arbeit</u> (AT 2022: 46,8 %; OECD: 34,6 %) vor allem durch hohe Lohn-"Nebenkosten". Fazit: Zu wenig Netto vom Brutto.
- Nominelle Steuerklassen zu hoch und Schwellwerte zu niedrig, Nachteil im Standortwettbewerb
- Sehr kompliziertes Steuersystem, undurchsichtig, insbesondere Lohnverrechnung
- Aufgrund der Intransparenz wenig Bewusstsein für Gesamtarbeitskosten (ca. das 2,5fache vom Nettobezug)
- Versteuerung von Sachleistungen: kompliziert und unverständlich, dass Vorteile, die man Mitarbeitenden zukommen lassen will, (voll) zu versteuern sind
- Vollzeitarbeit lohnt sich zu wenig, zu wenig Vorteil gegenüber Teilzeit durch Abgabenbelastung. Zu hohe Abgabenbelastung von Überstunden. Steuersystem auf Arbeitskräftemangel nicht ausgerichtet.
- Benachteiligung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften, z.B. nicht entnommene Gewinne, E-Autos
- Behörden/Einhebung: Teilweise wenig Verständnis für unternehmerische Tätigkeit, komplizierte Einhebung (5 Überweisungen zur Monatsmitte)

Arbeit muss sich lohnen, unabhängig davon, ob man Selbständige(r) ist oder Arbeiternehmer:in.

Wir sind in einem Land, in dem kein(e)
Unternehmer:in die Lohnverrechnung selbst
machen kann.

Wir wollten als Firma einer Mitarbeiterin eine komplizierte medizinische Behandlung bezahlen. Geht nicht, das müssten wir voll versteuern und das ist, so leid es mir tut, nicht leistbar.

1. Steuern, Abgaben Was soll sich ändern? (1)



- Senkung der Lohnnebenkosten, Entlastung des Faktors Arbeit
- Steuerentlastung durch Verschiebung der Progressionsstufen nach oben und/oder Reduktion des Spitzensteuersatzes und/oder Flattax-Modell
- Vereinfachung in der Steuereinhebung: Überweisung aller Steuern/Abgaben an eine Stelle (z.B. Finanzamt), interne Weiterverrechnung an andere staatliche Stellen
- Tabus in Frage stellen, z.B. 13. und 14. Monatsgehalt (Umstellung auf 12 Monatsgehälter, Steuerbegünstigung in Regeltarif einrechnen ohne Nachteil für Arbeitnehmer:innen)
- Steuerliche Begünstigung von Vollzeitarbeit durch: a) "Matrix"-Tarif bei Einkommenssteuer (abhängig von Einkommenshöhe UND Arbeitszeit) oder b) Steuerabsetzbetrag (Ziel: Jahreseinkommen von 50.000 Euro und 40 Wochenstunden soll weniger besteuert werden als gleiches Einkommen mit 32 Wochenstunden)
- Weitergehende und umfassende steuerliche Entlastung von Mehrarbeit und Überstunden
- Steuerliche Begünstigung von nicht-entnommenen Gewinnen von Einzelunternehmen/Personengesellschaften z.B. durch Regelung analog zu Investitionsfreibetrag oder Wahlmöglichkeit für PG zwischen Einkommenssteuer/Körperschaftssteuer (wie in DE)
- Beseitigung weiterer Steuernachteile von Einkommenssteuerpflichtigen (meistens EU/PG), z.B. Privatanteil bei E-Autos

1. Steuern, Abgaben Was soll sich ändern? (2)



- Gleichstellung von Fremdkapital und Eigenkapital im Steuersystem, Absetzbarkeit von fiktiven Eigenkapitalzinsen
- Degressive Abschreibung für Investitionen, z.B. 50 % AfA im ersten Jahr
- Steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für Homeoffice verbessern
- Steuerliche Wertgrenzen valorisieren, z.B. km-Geld, Angemessenheitsgrenze bei Betriebsfahrzeugen (seit 20 Jahren unverändert)
- Weitergehende Anreize für Weiterarbeiten in der Pension setzen, z.B. Streichung der Dienstgeberbeiträge zur Pensionsversicherung
- Vereinfachung Umsatzsteuergesetz, vor allem bei innergemeinschaftlichen Leistungen und Versand
- Mehr Transparenz, verpflichtende Angabe der Lohnnebenkosten auf Lohn- und Gehaltsabrechnungen

2. SVS, soziale Absicherung Was stört?



- Beitrags-Leistungs-Verhältnis bei SVS nicht zufriedenstellend, mangelnde Effizienz in der Mittelverwendung, Veranlagungsergebnis/Ertrag aus Pensionsversicherung fragwürdig
- Mehrfachbelastung bei gleichzeitiger selbständiger (SVS) und unselbständiger (ÖGK) Tätigkeit, doppelte Beitragspflicht
- Vorläufige Berechnung der SVS-Pensionsversicherung in den ersten 3 Jahren wirkt häufig als Scheinentlastung, Belastungswelle nach dem dritten Jahr (Nachbelastung)
- Krankengeld-Regelung für Selbständige unbefriedigend und existenzgefährdend (Anspruch erst nach 42 Tagen Krankheit, EUR 37 pro Tag steuerpflichtig)
- Umgekehrt hohe Belastung durch Entgeltfortzahlung für Mitarbeitende (42 Tage, teilweise Rückerstattung ab dem 10. Tag unter Bedingungen auf Antrag)
- Arbeitslosenversicherung für Selbständige wenig unterstützend: Abschluss innerhalb von 6 Monaten nach Selbständigkeits-Beginn notwendig, Bindungsfrist von 8 Jahren, nicht möglich bei gleichzeitiger unselbständiger Tätigkeit, Gewerbeschein muss zurückgelegt werden, generelles Beitrags-Leistungs-Verhältnis zu hinterfragen (versicherungsmathematisches Modell)

Die Leistungen, die Versicherte bei der SVS bekommen, sind nicht vergleichbar mit anderen Versicherungen. Sie sind deutlich schlechter trotz hoher Zahlungen.

Die SVS soll leistungsorientierte Honorare zahlen, damit man wieder Arzttermine bekommt und nicht zum Wahlarzt gehen muss.

2. SVS, soziale Absicherung Was soll sich ändern?



- SVS-Beitragssystem hinterfragen:
 - Erhöhung der Leistungen und/oder Senkung der Beiträge
 - Verschiedene Versicherungspakete mit Variation Beitragshöhe/Selbstbehalt prüfen
 - Echte Entlastung in den ersten 3 Jahren der Selbständigkeit: niedrigere Beiträge, keine Nachbemessung
- Generalreform der Selbständigen-Arbeitslosenversicherung: Weniger Restriktionen, vor allem Bindungsfrist deutlich verkürzen,
 Beitrags-Leistungs-Verhältnis verbessern bzw. automatische Arbeitslosen-Basisversicherung als Teil der SVS andenken
 - Abschluss-Möglichkeit der ALV auch für Selbständige über 60, um deren Erwerbstätigkeit zu fördern
- Krankengeld für Selbständige deutlich verbessern: früherer Leistungsbeginn durch SVS (nicht erst nach 42 Tagen), Erhöhung der Tagsätze und/oder Streichung der Steuerpflicht
- Entlastung der Unternehmen bei Entgeltfortzahlung für Arbeitnehmer:innen, frühere Übernahme der Kosten durch Sozialversicherung ohne oder mit weniger Bedingungen
- Möglichkeiten zur Eigenvorsorge von Selbständigen ausbauen: weitergehende steuerliche Absetzbarkeit und/oder Wahlmöglichkeit beim Pensionsversicherungsbeitrag zur SVS
- Mehr Unterstützung von Selbständigen bei der Pflege von Angehörigen
- Verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuung

3. Gründung, Finanzierung, Förderungen Was stört?



- Unternehmensgründung: Nach wie vor zu kompliziert, vor allem Gesamtprogramm handels-, gewerbe- und steuerrechtliche Registrierung. Zu viele Scheinlösungen (z.B. Ein-Personen-GmbH), keine echte digitale Gründung
- Finanzierung: Modelle für Start-Up- und Wachstums-Finanzierung nach wie vor unterentwickelt
- Mitarbeiterbeteiligung ebenfalls unterentwickelt, aktuelle FlexKap-Lösung nicht weitgehend genug
- Unübersichtlicher Förderdschungel: große Anzahl an Förderungen verteilt auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene
- Gießkannenpolitik, wenig echte Schwerpunktbildung und Zielrichtung. Motto: "Jeder bekommt ein bisschen was."
- Komplizierte Richtlinien, lange Bearbeitungsdauer. In Großbetrieben eigene Spezialist:innen für Förderungen, für kleine Unternehmen nicht möglich.
- Willkürliche Entscheidungen bei Förderungsstellen, wenig Verbindlichkeit und Verlässlichkeit; kein Feedback, warum keine Förderung zuerkannt wurde

In den Kammern und den Behörden fehlt oft das Know-how, um verlässliche Auskünfte zu geben.

Für die Förderanträge brauchst du einen Beraterstab. Die Nummern, die du brauchst, musst du erst einmal finden.

Is the juice worth the squeeze?

3. Gründung, Finanzierung, Förderungen Was soll sich ändern?



- Echte digitale Unternehmensgründung implementieren, möglichst weitgehende Integration von handels- und gewerberechtlicher
 Gründung sowie steuerlicher Erfassung
- Einführung eines Gründungs-Sabbaticals oder Gründungskarenz
- Qualifikation von Gründungsberater:innen: Sollen selbst ein Unternehmen gegründet haben, um praktische Erfahrungen zu haben.
- Eigenkapitalfinanzierung steuerlich begünstigen, z.B. Investitionen von institutionellen Investoren in Start-ups und Unternehmen in Wachstumsphase, Ansparmodelle für Unternehmensgründer:innen, Beteiligung von Mitarbeiter:innen (z.B. einheitliche Besteuerung von realisierten Beteiligungsgewinnen mit KESt.-Satz)
- Förderungspolitik grundsätzlich hinterfragen:
 - Vorrang für Steuer- und Abgabensenkungen statt Fördeurngen
 - Mehr Fokussierung, weniger Gießkanne
 - Rechtsanspruch auf Förderungen pr

 üfen
 - Doppelgleisigkeiten zwischen Gebietskörperschaften hinterfragen; klares Konzept, wer was fördert
- Förderungsprozesse durchforsten und auf Effizienz und Transparenz trimmen, z.B. in Hinblick auf Verständlichkeit von Unterlagen, Bearbeitungsdauer, Information durch Förderungsstellen, nachvollziehbare Scoring-Systeme für Förderungsentscheidungen

4. Bürokratie und Recht Was stört?



- Zu viele reglementierte Gewerbe, Beispiele: drei verschiedene reglementierte Gewerbe bei Finanzdienstleistungen. Outdoor-Guide: benötigt Reisebüro-Berechtigung (reglementiert).
- Lange Prüfverfahren der Gewerbebehörden, restriktive Auflagen, fehlende Kapazitäten der Behörden qualitativ/quantitativ
- Betriebsanlagenrecht: Hohe behördliche Auflagen, lange Verfahren,
 Rechtsunsicherheit durch z.B. unterschiedliche Praxis und Rechtsauslegung einzelner Behörden
- Föderalismus: a) länderweise Gesetze und Normen (Bauordnung, Jugendschutz, Naturschutz, ...); b) unterschiedlicher Gesetzesvollzug einzelner Behörden
- Ungerechtfertigte Gebühren, "Körberlgeld" für den Staat: z.B.
 Mietvertragsgebühr, Grundbuchgebühr (Kaufpreis-abhängig ohne sachliche Rechtfertigung), Veröffentlichungspflicht Amtsblatt
- Vielzahl an Verordnungen und Normen mit Schikanen-Charakter, z.B.
 Arbeitsstättenverordnung, Elektrogeräteverordnung, "Merkblatt" der AUVA zu Bildschirmarbeitsplätzen mit 32 (zweiunddreißig) Seiten

Wir haben eine veraltete Gewerbeordnung. Die ist wettbewerbsfeindlich und innovationshemmend.

Reglementiert sollten nur Tätigkeiten sein, bei denen es um Leib und Leben geht. Das sieht im Übrigen auch der Verfassungsgerichtshof so.

Der Staat soll nicht alle Aufgaben übernehmen. Es gibt eine Selbstverantwortung der Unternehmen und Bürger:innen.

4. Bürokratie und Recht Was soll sich ändern? (1)



- Gewerbeordnung ins 21. Jahrhundert bringen, umfassende Modernisierung und Liberalisierung
- Zahl der reglementierten Gewerbe drastisch reduzieren (derzeit: 75); nur Reglementierung, wo es um Risiken für Leib und Leben geht, im Sinne der VfGH-Entscheidung zu Berufsfotografen
- Kompetente und rasche Abwicklung bei den Gewerbebehörden sicherstellen, ausreichende Kapazitäten vorsehen und zu Serviceorientierung motivieren
- Entrümpelung, Aktualisierung und Straffung der Berufsausbildungspläne (Verordnungen), unsinnige Detailregelungen beseitigen.
 Beispiel: Universitäts-Absolvent einer beliebigen Studienrichtung erhält Gastronomie-Gewerbeschein, Fachhochschul-Absolvent nur wenn Wirtschaftsstudium
- Österreichweite Vereinheitlichung von möglichst vielen Gesetzen; Eindämmung des Föderalismus, soweit keine wirkliche regionale Differenzierung notwendig ist: z.B. Bauordnung, Naturschutz, Jugendschutz
- Mehr Qualitätssicherung und Durchgängigkeit in der Verwaltungspraxis, unterschiedliche Rechtsauffassungen und Entscheidungen einzelner Behörden (z.B. Bezirkshauptmannschaften) oder Organisationseinheiten (z.B. Finanzamt) zu reduzieren
- Benchmarking von Gesetzen/Normen in Richtung "Lowest Possible Effort" (Gegenteil von "Gold Plating"), um möglichst effiziente Regelungen im europäischen Vergleich zu erreichen (z.B. Datenschutz, Erfassung wirtschaftlicher Eigentümer, Steuerrecht, …)
- Serviceorientierung der Behörden als Funktionsprinzip in der Verfassung verankern

4. Bürokratie und Recht Was soll sich ändern? (2)



- One-In-One-Out Regel gesetzlich verankern, d.h. wenn ein neues Gesetz in Kraft tritt, muss ein bestehendes außer Kraft gesetzt werden. Durchforstung bestehender Gesetze/Bestimmungen auf "totes Recht" und Bereinigung.
- Mehr Transparenz und Information, z.B. kostenlosen und uneingeschränkten Zugang zu Firmenbuch und Grundbuch
- Verstärkte Kontrolle von staatlichen Institutionen durch den Rechnungshof und Konsequenzen für die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung bei Fehlleistungen und Missständen
- Digitalisierungsoffensive für die Verwaltung, um der kommenden Pensionierungswelle und Personalmangel vorzubeugen.

5. Wirtschaftskammer Was stört?



- Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer zu hinterfragen
- Ebenso Kammerumlagen, dem Grundsatz nach und in der Höhe: Welcher Nutzen steht dem entgegen? Bei KU2 ("Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag") zudem für viele unklar, dass dieser an die WK geht.
- Milliardenschwere Rücklagen ohne Nutzen für die Mitglieder (Info: aktuell knapp 2 Milliarden Euro)
- Mehrere Gewerbescheine führen häufig zu Mehrfach-Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer. Entscheidung über Zuordnung zu Fachgruppen liegt bei der WK; Interessenskonflikt.
- Bürokratisches, überdimensioniertes System mit Unzahl an Organisationseinheiten (Fachgruppen, Sparten, Bezirksstellen, ...)
- Wenig Präsenz der Wirtschaftskammer bei unangenehmen Themen und Vertretung von Unternehmer:innen-Interessen (z.B. Arbeitsrecht)
- Ungewissheit und mangelnde Unterstützung bei neuen Themen und rechtlichen Vorgaben wie Nachhaltigkeitsreporting, Lieferkettengestz, Al Act, CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism), NIS2 (kritische Infrastruktur). Über Zulieferbeziehungen sind auch KMU von diesen Themen betroffen.
- Mangelnde Transparenz, Kontrolle und Information über die Effizienz der Mittelverwendung. (Indirekte) Parteienfinanzierung durch die WKO?

Ich weiß nicht, wozu ich Wirtschaftskammer-Beiträge zahle. Ich brauche von denen nichts.

Versicherungsmakler und Versicherungsagenten waren früher eine Fachgruppe, jetzt sind es zwei. Was hat es gebracht? Mehr Kurse trotz gleicher Tätigkeit, mehr Grundumlage.

Die Wirtschaftskammer ist ein Konferenz-Veranstalter, aber keine Interessensvertretung.

5. Wirtschaftskammer Was soll sich ändern?



- Umstellung auf freiwillige Mitgliedschaft und Mitgliedsbeiträge, Leistungsprinzip muss auch für Wirtschaftskammer gelten
- (Teilweise) Auflösung der Rücklagen und Rückvergütung an Mitglieder
- Umfassende Strukturreform der Wirtschaftskammer-Organisation
 - Notwendigkeit der Landesebene hinterfragen. Eine Kammer für ganz Österreich?
 - Zahl der Fachorganisationen (Fachgruppen, -verbände, ...) drastisch verringern (derzeit: ca. 600), Kammersystematik mit anderen Branchengliederungen harmonisieren (ÖNACE)
 - Außenwirtschafts-Organisation mit Österreich Werbung zusammenlegen
- Grundumlage bei Mehrfachmitgliedschaft: Bei Mitgliedschaft in mehreren Fachgruppen soll nur eine Grundumlage fällig werden; die jener Fachgruppe, wo sie von allen betroffenen am niedrigsten ist.
- Ruhende Mitgliedschaft: Grundumlage muss komplett entfallen, nicht nur halbiert werden.
- Effizienzoffensive auf allen Ebenen, insbesondere durch Digitalisierung von Angeboten und Services
- Transparenz und Kontrolle der Wirtschaftskammer massiv ausweiten, um zweckmäßige Verwendung der Mittel sicherzustellen.
- Kammer als echte Interessensvertretung für Unternehmer:innen verankern, die sowohl gegenüber der Regierung, als auch gegenüber Arbeitnehmer:innen-Vertretungen selbstbewusst und engagiert auftritt.

Vielen Dank an alle Teilnehmer:innen des UNOS-Programmprozesses und ihre Beiträge, denn ...



... damit macht Unternehmer:in sein in Österreich wieder mehr Freude ...

Markus Hofer UNOS-Bundessprecher-Stellvertreter

... und wir schaffen ein Programm, das auf die wahren Anliegen und Wünsche von Unternehmer:innen eingeht.

Michael Bernhard UNOS-Bundessprecher

